„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Einwanderung, natürliche Vermehrung und Verbrechensstatistik

Eine gewisse englische Tageszeitung in Regina, die sich „Saskatchewans unabhängige Zeitung" nennt, macht in ihrer „Unabhängigkeit" manchmal merkwürdige journalistische Sprünge. In ihrer Ausgabe vom Mittwoch, den 16. April, behandelt sie das in Canada sehr beliebte und bald zu leerem Stroh ausgedroschene Thema der „Einwanderung". Seiner „Unabhängigkeit" entsprechend lehnt sich das Blatt dabei an jene Vorschläge an, welche die „Ritter vom Ku Klux Klan" der Königlichen Einwanderungskommission von Saskatchewan gelegentlich deren Sitzung in Regina unterbreitet haben.

Der Ku Klux Klan möchte die Einwanderung aus mittel- und südeuropäischen Ländern auf mindestens 5 Jahre ganz eingestellt sehen, worauf dann ein streng durchzuführendes Quotengesetz für diese Kontinentaleuropäer in Kraft treten solle. Nur 2 Prozent (nach der Volkszählung von 1901) sollen zugelassen werden. Der Grundsatz der Quotenberechnung soll aber nicht angewandt werden auf Briten, Franzosen und Skandinavier, einschließlich Dänen und Isländer. Die Deutschen werden in den K.K.K.-Vorschlägen gar nicht erwähnt, obwohl sie die stärkste Minderheitsgruppe in Saskatchewan darstellen. Vielleicht sollen sie nach Ku Klux Klan-Auffassung auch unter die Mitteleuropäer gezählt werden, denen auf 5 Jahre die Einwanderung nach Canada ganz verboten werden soll. Eine weitere Forderung des K.K.K. läuft darauf hinaus, den religiösen Körperschaften jeden Einfluß auf die Einwanderung zu entziehen.

Wir wollen uns mit dieser Ku Klux Klan-Politik hier nicht auseinandersetzen; denn unsere werten „Courier"-Leser wissen schon, was davon zu halten ist. Uns interessieren die im Anschluß an das Ku Klux Klan-Programm gemachten Bemerkungen der „unabhängigen" Zeitung von Saskatchewan. Demnach hat sich Saskatchewan, das 1901 noch eine überwiegend britische Provinz war, infolge der liberalen Einwanderungspolitik so verwandelt, daß die „britischen Rassen" nunmehr in der Minderheit sind. — Darf man vielleicht einmal bescheiden anfragen, ob die naturalisierten fremdgeborenen Bürger und ihre hierzulande geborenen Kinder nicht auch britische Untertanen sind, mindestens ebenso treu ergeben dem gemeinsamen Souverän aller Briten wie die aus England und Schottland eingewanderten Mitbürger.

Wörtlich fährt das „unabhängige" Blatt fort:

„Die Einstellung dieser Einwanderung (aus Mitteleuropa) auf eine Dauer von fünf Jahren würde anderen Rassen eine Gelegenheit gewähren, ein angemessenes Verhältnis im Vergleich zu den nicht-bevorzugten Rassen zu gewinnen. Der Regierung wäre die Gelegenheit geboten, den gegenwärtig stark überwiegenden Teil von nicht-bevorzugten Europäern zu einem besseren Verständnis des canadischen Bürgerrechtes zu erziehen. Daß viele von ihnen noch nicht von canadischen und britischen Idealen erfüllt sind, ergibt sich aus den Kriminalstatistiken des letzten Jahres, nach denen die Fremdgeborenen im Verhältnis zu ihrer Zahl um 400 Prozent mehr an schweren Verbrechen beteiligt sind als die eingeborenen Canadier."

Ob sich der betreffende Artikelschreiber darüber vollkommen klar war, welch furchtbare Anklage er damit gegen die Fremdgeborenen im allgemeinen schleudert, möchten wir doch einigermaßen bezweifeln. Ein „unabhängiges" Organ, das sich die Vertretung der gegenwärtigen Provinzialpolitik in Saskatchewan zu einer Hauptaufgabe gemacht hat, sollte mindestens etwas vorsichtiger zu Werke gehen und bei der Zitierung von Kriminalstatistiken nicht alle Fremdgeborenen in einen Topf werfen. Es gibt Rassen und Nationalitäten, die infolge ihres heißblütigen und leidenschaftlichen Temperaments leichter als andere sich zu gewissen Verbrechen im Affekt (in der Erregung) hinreißen lassen. Doch daraus schließen zu wollen, daß die canadischen und britischen Ideale höher stehen als die anderer Nationalitäten, ist eine sinnlose Uebertreibung, die durch nichts zu rechtfertigen ist. Bei der sittlichen Haltung entscheiden nicht nationale Ideale, sondern allgemeine Menschheitsprinzipien, die Gott selbst in das Gewissen eines jeden Einzelmenschen hineingelegt und durch seine zehn Gebote den Völkern aller Zeiten und aller Zonen zur Pflicht gemacht hat. Höher als alle nationalen Ideale ist folglich die religiös-sittliche Erziehung der Jugend in Familie, Kirche und Schule zu bewerten, wenn es um die Frage der Verhütung von Verbrechen geht. Ueber diesen ernsten und schwerwiegenden Punkt könnte vielleicht das „unabhängige" Blatt von Regina einmal im Hinblick auf die neue Saskatchewan-Schulpolitik in aller Gemütsruhe nachdenken, anstatt ein voreiliges und unüberlegtes Urteil über Hunderttausende von fremdgeborenen canadischen Bürgern zu fällen. Die Deutschcanadier dürfen sicherlich mit ruhigem Gewissen eine so allgemeine Verdächtigung als ungerecht entrüstet zurückweisen. Es gibt Gute und Böse unter allen Nationen, doch die Deutschen können einen sachlichen Vergleich mit anderen ruhig hinnehmen, wenn es sich um eine Statistik schwerer Verbrechen handelt.

Noch ernstere Sorge als die Zunahme der fremdgeborenen Bevölkerung durch Einwanderung scheint gewissen Kreisen die natürliche Vermehrung der „Foreigners" zu bereiten. Wie das „unabhängige" Organ von Regina bemerkt, ist die Geburtsrate der Britischgeborenen in Canada 20 per 1000, während die der Zentral- und Südosteuropäer 40 per 1000 beträgt. Die sich daraus ergebende „Gefahr" wollen wir gerne zugeben. Aber ein schlechtes Sittenzeugnis wird dadurch den Fremdgeborenen gewiß nicht ausgestellt; denn sie erfüllen damit nur das göttliche Gebot: „Wachset und vermehret euch!" Schließlich und endlich gehört den Tüchtigen die Welt.

Eine Chinesin über die deutsche Sprache

Anna May Wong, eine chinesische Filmschauspielerin, die in Europa wie in Amerika sich einen großen Namen gemacht hat, beherrscht außer dem Englischen auch die deutsche Sprache vollkommen fließend. Gelegentlich ihres Aufenthaltes in Deutschland empfing sie den Journalisten Franz Hermann Falke und gewährte ihm eine Unterredung, die veröffentlicht worden ist und weitgehende Beachtung gefunden hat. Die gebildete chinesische Dame, die in Amerika aufgewachsen ist, war entrüstet, als sie der deutsche Journalist in englischer Sprache anredete und fragte ihn ganz erstaunt:

„Weshalb sprechen Sie englisch? Ich muß Sie bitten, mit mir Deutsch zu sprechen; denn ich darf keine Gelegenheit versäumen, mein Deutsch zu verbessern."

In der weiteren Unterhaltung erklärte Anna May Wong, sie sei eine „reinblütige Chinesin" und sei stolz darauf. Jeder Mensch sollte auf seine Rasse stolz sein und auf ihre Reinheit halten. Keine Rasse habe ein Recht, von der anderen schlecht zu denken. Es wäre besser, die gegenseitigen Vorzüge zu betonen.

Ferner berichtet Franz Hermann Falke von seiner interessanten Unterredung noch folgendes: Nun hat ich Anna May Wong, zu erzählen, was sie in Deutschland als besonders angenehm empfunden habe. Sie sagte dazu in immer schnellerfließendem Deutsch und mit sichtlicher Bewegung:

„Die größte Freude bereitet mir das Wohlwollen, das in Deutschland meiner Schauspielkunst entgegengebracht wird. Meine größte Leidenschaft ist das Schauspiel. Ich ringe danach, das beste und höchste in dieser Kunst zu leisten. Ich muß bekennen, es war ein wenig Selbstsucht, daß ich die deutsche Sprache erlernte. **Aber Deutsch und Englisch sind die wichtigsten Sprachen im Tonfilm und werden es bleiben; denn die meisten Menschen sprechen englisch oder deutsch.** Heute weiß ich es als besonderes Glück meines Lebens zu schätzen, daß ich auf diesem Wege mit Deutschland und den Deutschen bekannt wurde. **Ihre Sprache muß jeder Künstlerin gefallen. Sie ist so ausdrucksvoll.** Wenn ich in einer Liebesszene sagen muß: „Mein Herz bebt!" oder „Es schaudert mich!", dann schwingen meine Muskeln, meine Nerven, meine Seele in diesen ergreifenden Lauten mit. Verstehen Sie, was ich meine?"

Ich beantwortete die Frage mit einem zustimmenden Kopfnicken und dachte dabei: Wenn doch alle Deutschen die unendliche Schönheit ihrer Sprache so verständnisvoll empfinden würden wie diese Chinesin. Sie fuhr fort: **„Ihre Sprache versteht so gut die Natur, die Gefühle und die Menschen.** Sie ist wohlwollend. Ich habe sie lieb gewonnen. Und ich habe auch die Menschen lieben gelernt, die diese schöne Sprache sprechen. So viele, fast alle Menschen in Deutschland haben sie sehr gute Augen. Mein Beruf führt mich oft auch nach Paris und sehr oft nach London. Aber in Berlin fühle ich mich zu Hause."

Weltumschau

Deutschlands Lage nach Annahme des Youngplanes

Reichsarbeitsminister Dr. Adam Stegerwald, der Führer der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, hielt eine groß angelegte Rede über Deutschlands Lage nach Neuregelung seiner Reparationsverpflichtungen. Die Ausführungen Dr. Stegerwalds sind als ein besonders klarer Ueberblick über die Situation Deutschlands, nach Annahme des Young-Plans und für die notwendigen Umstellungen der nächsten Zeit von starkem außenpolitischen Interesse.

Minister Dr. Stegerwald betonte, daß die entscheidende Frage für die Durchführung des Young-Plans ebenso wie unter dem Dawes-Plan dahin geht, **inwieweit die übrige Welt Deutschland einen bevorzugten Platz in der Wirtschaft einzuräumen gewillt ist,** also wie die Transferierung von jährlich 2 Milliarden Mark, die auf die Dauer nicht in Form fremder Leihkapitalien bewältigt werden können, sich letztlich im Wege einer deutschen Güterausfuhr vollziehen wird.

Für die nächsten fünf Jahre sind von den Gesamtfordernissen der Reparationsleistung in Höhe von etwas über 9 Milliarden Mark rund 2/3 in Devisen abzuführen; eine zusätzliche Auslandsverschuldung in solcher oder annähernd solcher Höhe ist aber nicht wahrscheinlich. Dieser Sachverhalt ist bei der Uebernahme der Haager Verpflichtungen voll gewürdigt worden. Entscheidend für diese Uebernahme, die nach Ueberzeugung Dr. Stegerwalds jede deutsche Regierung hätte vollziehen müssen, war die Erkenntnis, daß eine sonst in kurzem bevorstehende Dawes-Krise ohne entsprechende finanzielle Rüstung zu einer Katastrophe, zur einer Entblößung der Wirtschaft von Auslandskredit, zu gewaltigen Steuererhöhungen und zu einer untragbaren Vermehrung der Arbeitslosigkeit geführt haben würde.

Die Arbeitslosenfrage sieht Dr. Stegerwald nicht als selbständige Erscheinung an und stellt ihrem starken Einfluß auf die ganze politisch-wirtschaftliche Gestaltung die Entwicklung der deutschen Ausfuhr und, als zeitlich wirksames Moment, die Ueberspitzung der Rationalisierung in der Gütererzeugung bei gleichzeitiger mangelhafter Durchführung in der Güterverteilung gegenüber.

Er fordert eine Zusammenfassung von Wirtschafts- und Steuerpolitik, eine Gesamtauffassung, die Außenpolitik, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik als eine Einheit sieht und beurteilt, um die äußere und innere Führung der Wirtschaft zu stabilisieren. Dabei wird nachdrücklich der Landwirtschaft gedacht, deren Schwierigkeiten der Minister unter einem bemerkenswerten Gesichtswinkel, nämlich mit einer Hervorhebung der Komplikation aufzeigt, die sich aus der Notwendigkeit einer gemischten Landwirtschaft ergeben. Auch der Konsum an ausländischen Agrarerzeugnissen soll entsprechend den Eigenversorgungs-Möglichkeiten um etwa $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark zurückgedrängt werden. Wenn dies gelänge, ohne daß gleichzeitig die vorwiegend industrielle Ausfuhr Deutschlands zurückginge, **so wäre in der Tat zugleich mit den Nöten der deutschen Landwirtschaft das Transfer-Problem gelöst.**

Brüning-Regierung behauptet sich. Die Regierung Brüning siegte bei den Abstimmungen über ihr Finanzprogramm im Reichstage über die Opposition. Die Abstimmungen ergaben in den meisten Fällen Mehrheiten von nur wenigen Stimmen. So erhielt die Regierung bei der Erhöhung der Umsatzsteuer nur eine Mehrheit von vier Stimmen, während die Zuckersteuer nur sechs Stimmen Mehrheit fand. Das Agrarprogramm der Regierung, das bereits vorher starke Opposition gefunden hatte, erhielt in der dritten Lesung 350 gegen 304 Stimmen. Die Biersteuer wurde mit 232 gegen 223 Stimmen angenommen. Nach Erledigung dieser Angelegenheit erwartete man, daß das gesamte Finanzprogramm künftig glatt durchgebracht werden würde.

Flugzeuge, Expreßzüge und Automobile spielten bei dem Siege der Regierung eine Rolle, als die Regierung bereits abwesende Mitglieder des Reichstages nach Berlin zurückholte, nachdem die Sozialisten ein gleiches getan hatten. Den längsten Weg hatte ein Deutscher Volksparteiler, der in Rom vom deutschen Botschafter in ein Flugzeug gepackt wurde. Ein anderer flog von Genf nach Berlin, um für die Regierung zu stimmen.

Während die Abstimmung über das Agrarprogramm eigentlich um die Mittagsstunde erfolgen sollte, wurde ein Redner nach dem anderen auf die Rednerbühne gesandt, um die Zeit totzuschlagen, bis die Expreßzüge aus Hamburg und dem Ruhrgebiet eintrafen, die weitere Abgeordnete herangebrachten. Die Abstimmung vollzog sich glatt, nachdem die Regierung erst einmal ihrer Mehrheit sicher war.

Dr. Seipel tritt zurück. Dr. Ignaz Seipel, der frühere Bundeskanzler von Oesterreich, überraschte alle politischen Kreise, indem er von seiner Stellung als Führer der Christlich-Sozialen Partei zurücktrat. Er begründete den Rücktritt mit dem schlechten Stande seiner Gesundheit. Politische Führer gegnerischer Parteien glauben jedoch, daß er wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen seinen Anhängern über die Tätigkeit der Partei resignierte.

England handelt wieder mit Rußland. Unterstaatssekretär Dalton vom englischen Auswärtigen Amt macht im Unterhaus die Mitteilung, daß die Verhandlungen um eine Handelsabmachung mit Sowjet-Rußland zu Ende geführt sind. Die Vereinbarung wird bis zum Abschluß eines vollständigen Anglo-Sowjet-Handelsvertrages in Kraft bleiben.

In der Abmachung ist eine Behandlung als meistbegünstigte Nation im Handelsverkehr zwischen beiden Ländern vorgesehen; gewisse Ausnahmen beziehen sich auf die Schiffahrt. Die Sowjetregierung erhält die Berechtigung, eine Handelsdelegation in London, bestehend aus einem Sowjet-Handelsvertreter und zwei Gehilfen von der Sowjet-Botschaft, wieder einzurichten. Von den Bänken der Konservativen erscholl es: „Schande", als Dalton weiter bemerkte, daß diesen drei Handelsvertretern besondere Rechte gewährt seien. Die Geschäftsstelle der früheren russischen Handelsagitation in London war auf Anordnung der verstorbenen konservativen Regierung von den britischen Behörden durchsucht worden, ehe der Bruch in den Beziehungen zu Rußland eintrat.

Dalton erklärte zum Schluß, die getroffene Abmachung sei eine zeitweilige und ein Kündigung könne mit Frist von 6 Monaten erfolgen.

Höhere Steuern in England. Vor einem lautlos zuhörenden Hause legte der britische Schatzkanzler Philip Snowden das zweite Arbeiter-Budget in der britischen Geschichte dem Unterhause vor. Neue Steuern wurden vorgeschlagen, um die Ausgaben decken zu können. Snowden schätzte die Einnahmen für das Fiskaljahr 1930—1931 unter Zugrundelegung der neuen Steuern auf 789,445,000 Pfund oder $83,947,225,000 und die Ausgaben auf 731,809,800 Pfd. oder $83,659,045,000. Zu den Ausgaben muß noch der Amortisierungsfonds von 55,409,000 Pfd. hinzugerechnet werden, so daß der Ueberschuß 2,236,000 Pfund oder $11,860,000 betragen würde.

Der Schatzkanzler erklärte, daß die neuen Steuern unvermeidbar wären, weil die Einnahmen aus den jetzigen Steuern allein einen Fehlbetrag von 42,000,000 Pfund erbringen würden.

Er teilte mit, daß die Einkommensteuer und die Zuschlagsteuer erhöht werden würden, daß aller Besitz im Lande neu veranlagt werden würde, daß die Biersteuer heraufgesetzt würde, und daß die Erbschaftssteuer für Vermögen von über 2,000,000 Pfund von 40 auf 50 Prozent erhöht würde. Außerdem kündigte er Maßnahmen an, um die Flucht vor der Erbschaftssteuer zu verhindern. Weiter will man mit Großbritannien Handel treibende Ausländer der britischen Einkommensteuer unterwerfen.

Abschaffung aller Spielhöllen. Das Budget der Tardieu-Regierung für 1930—1931 wurde heute, nachdem es bereits die Billigung des Senats gefunden hatte, auch von der französischen Kammer mit 462 gegen 148 Stimmen gutgeheißen. Die Einnahmen sind auf 50,460,000,000 Francs (82,018,400,000), die Ausgaben auf 50,422,000,000 Francs (82,016,880,000) geschätzt.

Die Kammer stimmte einstimmig zu Gunsten der Abschaffung aller Spielhöllen im Pariser Distrikt. Der Beschluß kam, nachdem sich die Kammer geweigert hatte, der Senatsvorlage zuzustimmen, welche die Wiedereröffnung des Enghien-Kasinos, fünf Meilen von Paris, gestattet hätte. Das Kasino ist seit dem Krieg geschlossen. Etwa 75 Plätze in Paris, in denen Hasard gespielt wird, werden durch den Kammerbeschluß betroffen.

Clemenceau gegen Amerika. George Clemenceaus scharfe Antwort an seinen verstorbenen Gegner Marschall Foch wird in New York unter dem Titel „Grandeur and Misery of Victory" veröffentlicht. Das Buch wird von Harcourt, Brace Co. verlegt und lief teilweise in Colliers Weekly, das mit dem anderen Verlage zusammen das Abdrucksrecht für die Vereinigten Staaten besitzt.

In dem Buche sagt der unversöhnliche Deutschenhasser, daß der „Friede" von Versailles durch Amerikas „Sonderfrieden verstümmelt" wurde, wobei er Präsident Wilson als einen Mann bezeichnet, der nicht genug von europäischen Dingen verstünde.

General Pershing wird von Clemenceau wegen seines „fanatischen Festhaltens an der Verzierung der Sterne und Streifen auf dem Schlachtfelde" angegriffen. Die amerikanischen Truppen bezeichnet der „Tiger" als „ausgezeichnete Soldaten, die aber nicht genug Ausbildung hatten."

Ueber die Zeit nach dem Kriege zollt Clemenceau Amerika das Kompliment, daß es „gewaltig durch den Krieg bereichert, uns eine Krämerrechnung vorlegt, die mehr seinem Geiz als seiner Selbstachtung Ehre antut."

„Im Kriege reich geworden", fährt Clemenceau fort, „ist Amerika, wenn wir den Sachverständigen glauben können, seit entschlossen, uns zu ruinieren, indem es im Interesse seiner „Neureichen" die Gelder für sich beansprucht, die wir als Abfindung für die durch Deutschland verursachten Schäden erhalten sollen."

Die hysterische Furcht Clemenceaus vor der Vergeltung kennzeichnet sich in einem Satze, in dem er sagt, daß „Deutschland mit Hilfe der Engländer und Amerikaner einen neuen verbrecherischen Krieg zu beginnen sucht, bevor es den letzten gebüßt hat."

Blutvergießen in Indien. Der Feldzug der Ungehorsamkeit gegen die englischen Gesetze, welcher vor etwa zwei Wochen von Mahatma Gandhi begonnen worden war, scheint immer ernster zu werden und Blutvergießen konnte nicht vermieden werden. Heftige Zusammenstöße werden von überall in Indien gemeldet. Obgleich Gandhi seine Getreuen nur zu passiver Resistenz aufgefordert hatte, haben doch Demonstrationen gegen die englische Autorität stattgefunden, welche einen ganz gefährlichen Charakter angenommen haben. Besonders in Calcutta, Bombay, Allahabad und Karachi stießen die Demonstranten scharf mit der Polizei zusammen.

Am schwersten waren die Zusammenstöße in den Straßen Calcuttas. Ueber 80 der Demonstranten erlitten Verletzungen, als die englische Polizei gegen diese vorging. Diese Demonstration richtete sich gegen die Verhaftung des Majors J. M. Sen Gupta, welcher von der englischen Polizei wegen Uebertretung des Salzsteuergesetzes verhaftet worden war. Der Major war ein begeisterter Anhänger Gandhis. In Karachi stürmte eine Menge den Gerichtssaal, in welchem einige Leiter der Salzbewegung verurteilt werden sollten. Fenster, Türen und alles, was man erreichen konnte, wurde in Stücke geschlagen, bis endlich die Polizei eingriff und von der Waffengewalt Gebrauch machte. Ungefähr sechs Personen erlitten ernstliche Verletzungen. In Allahabad wurde eine Person lebensgefährlich verwundet, sieben erlitten schwerere Verletzungen und 26 leichtere Verletzungen. Unter diesen befanden sich zwei Europäer.

Kärnten, das deutsche Südland

Kärnten ist nicht nur ein wunderschönes Gebirgsland, dessen höchster Gipfel der Großglockner ist, sondern auch in seiner Mitte und seinem Südosten neben Südtirol als einziges deutsches Südland anzusprechen. Die Sehnsucht des nordischen Menschen nach Sonne wird nach dem Verluste der deutschen Schutzgebiete in Uebersee und Südtirol eigentlich nur noch in Kärnten voll befriedigt. Im Nordosten, Norden und Nordwesten schließt der Hauptkamm der Alpen das Land fast hermetisch gegen die Einflüsse des nordeuropäischen Klimas ab, während von Osten her dranaufwärts die pannonische Witterung und über die südlichen Kalkalpen hinweg die Sonne Italiens fast ungehinderten Zugang finden. Bekannt ist die außergewöhnliche Bodenwärme der meisten Seen, besonders des Wörtersees, der ja in steigendem Maße von Jahr zu Jahr immer mehr Fremde nach dieser deutschen Südmark zieht. Ein besonders reizvoller Teil, dessen Einbeziehung in den Fremdenverkehr aus nationalpolitischen Gründen sehr wichtig wäre, ist das gemischtsprachige Gebiet am Fuße der Karawanken, denn vor dem Fremdenverkehr weicht der Slawe zurück.

Fast noch wichtiger als durch seinen Fremdenverkehr kann das Land als Siedlungsland für deutsche Bauern werden.

Durch Volksbewaffnung und einen heldischen Kampf gegenüber Jugoslawien hat Kärnten nach dem Kriege die Volksabstimmung erzwungen, die am 10. Oktober 1920 das Land ungeteilt deutsch erhielt. Die diesjährige Saison am Wörthersee wird im Zeichen der Zehnjahrfeier der Befreiung Kärntens stehen.

— Die Lowell Sternwarte bei Flagstaff, Ariz., hat einen neunten Planeten unseres Sonnensystems entdeckt, der etwa 1200 mal größer sein soll als die Erde. Das ist sicherlich interessant, der unbekannte Bruder unserer Erde hat aber noch nicht einmal einen Namen.

— Ein religiöser Mensch, der die Sowjet-Regierung als den „Anti-Christ" bezeichnet hatte, ist in Moskau zum Tode verurteilt worden. Die Sowjet-Gewaltigen mit dem leibhaftigen Gottsei-bei-uns zu vergleichen, können sich nur Kritiker außerhalb der Grenzen Rußland's leisten.

Fortschreitende Aufstandsbewegung in Indien

(Fortsetzung von Seite 1.)

als ein Teil der nationalistischen Ungehorsamkeitsbewegung der Bürgerschaft unter der Führung von Mahatma Gandhi dauert seit zwei Wochen an; in vielen Teilen Indiens wächst die Unordnung.

Die heutigen Ereignisse beschränkten sich auf eine große Demonstration gegen die Salzgesetze in Bombay; jedoch wurde eine Anzahl Verhaftungen in allen Teilen Indiens vorgenommen.

Der „Nationalistische Kriegsrat" veröffentlichte heute Abend einen Bericht über die Unruhen wegen ungesetzlicher Herstellung von Salz in Bombay, der erklärte, daß „der Angriff auf sieben Fronten in der Stadt vorgenommen worden sei."

Die indische Polizei begegnete den Angriffen mit vermehrter Energie. Es wurde berichtet, daß auf eine Salzfabrik sechs Angriffe unternommen worden waren, und der Bericht des Kriegsrates erklärt, daß Gefäße mit kochender Salzlösung umgestürzt und mehrere Freiwillige verbrüht wurden.

Gandhi bedauert Ausschreitungen

Bombay, Indien, — Scharfes Vorgehen der Regierung gegen die Führer der Bewegung des bürgerlichen Ungehorsams in Indien ist im Gange. Von den Gerichtsbehörden wurden in allen Landesteilen Anhänger Mahatma Gandhis wegen Uebertretung der Salzgesetze verurteilt. Insgesamt 27 angesehene indische Nationalisten wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, 12 von diesen in New Delhi, unter ihnen Davi Bas Gandhi, Sohn des Mahatma; 10 in Karachi, 3 in Allahabad und 2 in Surat. Gandhis Sohn erhielt eine einfache Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Dagegen wurde Dr. Choitbran, Präsident des Provinz-Kongreßkomitees in Surat, zu 2 Jahre verschärfter Gefängnishaft verurteilt; ihn ereilte die schwerste Strafe, die verhängt wurde.

Gandhi selbst ist von der Polizei noch unbehelligt geblieben. Gandhi hielt eine längere Ansprache an Freiwillige in Navfari. Er beschuldigte die Regierung, durch Verhaftung von Pandit Jawaharlal und anderen Führern der Bewegung die Unruhen verursacht zu haben. „Von der Regierung wurde absichtlich gegen Führer des Volkes eingeschritten, von denen sie wußte, daß sie gegen gewaltsame Ausschreitungen waren und einen kontrollierenden Einfluß besaßen," sagte Gandhi. „Die Verhaftungen haben die leicht entzündlichen Massen

zu Vergeltungsmaßnahmen „veranlaßt."

Inbezug auf den ernsten Aufruhr in Kalkutta und Karachi erklärte Gandhi, er sei sicher, daß solche Unruhen das Ringen des bürgerlichen Ungehorsams benachteiligen würden. Er forderte die Versammlung auf, Proteste ohne Gewalttaten fortzusetzen. „Schon bei Beginn der Bewegung erklärte ich, daß wahrscheinlich gewaltsame Ausbrüche des Volkes folgen würden. Dies scheint jetzt der Fall zu sein, und es betrübt mich, weil es die Sache, die mir teuer ist, schädigt; doch muß ich sagen, die Regierung gab den Anlaß."

Unter Hinweis auf die Verwundung von Jairambas Doul, einem hervorragenden Mitglied des Atram Kongresses, bei den Unruhen bemerkte Gandhi: „Es freut mich, daß es Jairambas war und nicht ein unbekannter Mann. Er ist einer der bedeutendsten Persönlichkeiten in ganz Indien. Wenn er sich unter den Volksmassen befand, so geschah dies, nicht um Gewalttaten anzustiften, sondern sie zu verhüten. Vergießen von unschuldigem Blut wird das Ende beschleunigen, doch werden derartige Vorfälle das Volk nur noch zu größeren Kundgebungen veranlassen. Falls meine Anhänger sich nicht im Zügel halten können, werden sie den Fortschritt des Landes auf das vorgesteckte Ziel nur verzögern. Nicht was jetzt in den Städten, sondern in den Dörfern geschieht,

wird Indiens Schicksal entscheiden."

Während Gandhi seine Gefolgschaft ermahnte und sein Sohn zu Gefängnis verurteilt ist, führte die Gattin des indischen Nationalistenführers eine Frauen-Gruppe auf Posten vor die Schankwirtschaften unter Absingen von Liedern gegen das Trinken. Auch begab sie sich in das Gerichtsgebäude mit Blumenguirlanden für die Verhafteten, die dort wegen Verletzung des Salzgesetzes prozessiert wurden.

Angst vor den Sowjets

London. — Vierzehn russische Geschäftsleute, die hier von russischen Handelsfirmen entlassen wurden, haben die von den Sowjetbehörden angeordnete Heimkehr verweigert, weil sie befürchten, daß ihnen dort Hinrichtung durch Erschießen bevorstünde. Sie behaupten, daß sie auf Schritt und Tritt in London von Agenten der russischen Geheimpolizei verfolgt werden. Von Regierungsseite wurde im Unterhaus erklärt, der Innenminister sei im Besitze einer Liste der entlassenen Russen, denen Heimkehr anbefohlen sei, und ihre Lage werde von den britischen Behörden untersucht werden.

KANADA-DIENST
Von HAMBURG nach HALIFAX
Regelmässige Abfahrten mit der neuen "ST. LOUIS" und "MILWAUKEE"—den grössten deutschen Motorschiffen—und dem beliebten Dampfer "CLEVELAND."
VORAUSBEZAHLTE FAHRKARTEN
gewährleisten prompte Beförderung und die Unterstützung der Hapag-Organisation für Ihre Verwandten und Freunde, die zu Ihnen kommen wollen.
EXPRESS-DIENST
zwischen NEW YORK und HAMBURG
Wöchentliche Abfahrten. Mässige Preise. Schnelle und dennoch ruhige Fahrt auf den berühmten Dampfern:
ALBERT BALLIN, DEUTSCHLAND, HAMBURG und NEW YORK.
HAPAG-GELDÜBERWEISUNGEN: SCHNELL, BILLIG UND SICHER
Auskunft bei Lokal-Agenten oder
HAMBURG-AMERIKA LINIE
208 BROADER BUILDING, REGINA, SASK.
WINNIPEG - MONTREAL - TORONTO - EDMONTON